



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 16.10.2024
C(2024) 7376 final

Herr Margus Tsahkna
Minister für auswärtige Angelegenheiten
Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten
Islandi väljak 1
15049 Tallinn
ESTLAND

Betreff: Notifizierung 2024/313/EE

Estnische Kraftfahrzeugsteuer und Zulassungssteuer

**Abgabe von Bemerkungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der
Richtlinie (EU) 2015/1535 vom 9. September 2015**

Sehr geehrter Herr,

Im Rahmen des Notifizierungsverfahrens gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 ⁽¹⁾ notifizierten die estnischen Behörden der Kommission am 12. Juni 2024 den Entwurf „Kraftfahrzeugsteuergesetz“ (im Folgenden „notifizierter Entwurf“).

Der Notifizierungsmitteilung zufolge wird mit dem notifizierten Entwurf in Estland eine neue Steuer – die Kraftfahrzeugsteuer – eingeführt, die jährlich auf die im Kraftfahrzeugregister eingetragenen Kraftfahrzeuge entrichtet wird. Zweitens wird eine Kraftfahrzeugzulassungssteuer erhoben, wenn Kraftfahrzeuge der Klassen M oder N erstmals in Estland zugelassen werden, oder bei einem ersten Eigentümerwechsel.

Die Prüfung des notifizierten Entwurfs hat die Kommission dazu veranlasst, gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535 die folgenden Bemerkungen abzugeben.

BEMERKUNGEN

Der notifizierte Entwurf wirft Zweifel hinsichtlich der Wertminderung der Zulassungssteuer auf, die in § 190²⁴(1) des notifizierten Entwurfs geregelt ist. Diese

¹) Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft, ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1.

Bestimmung scheint auf Fahrzeuge anwendbar zu sein, die sich bereits auf dem estnischen Inlandsmarkt befinden und beim Erstverkauf besteuert werden. Mit dieser Methode wird das Problem der steuerlichen Diskriminierung von Fahrzeugen aus anderen Mitgliedstaaten nicht gelöst, da das Alter der Fahrzeuge, das sich aus ihrer Zulassung in anderen Mitgliedstaaten ergibt, offenbar nicht berücksichtigt wird.

- Artikel 110 AEUV verbietet die Diskriminierung von Produkten (z. B. Kraftfahrzeugen) aus anderen Mitgliedstaaten. Daher **sollten Wertminderungen bei der Besteuerung solcher Fahrzeuge berücksichtigt werden**. Das vorgestellte System tut dies nicht.
- Das System sollte so ausgelegt werden, dass die Besteuerung von Personenkraftwagen, die aus dem anderen Mitgliedstaat kommen, auf dem gleichen Niveau liegt wie die Besteuerung ähnlicher Personenkraftwagen, die bereits auf dem estnischen Markt zugelassen sind.
- Die Rechtsprechung des Gerichtshofs bestätigt auch, dass die Wertminderung ab dem 1. Tag der Nutzung des Fahrzeugs beginnen sollte (siehe hierzu die Rechtsprechung: C-200/15 *Kommission gegen Portugal*, C-76/14 *Manea*, C-402/09 *Tatu*, C-169/20 *Kommission gegen Portugal* und andere dort angeführte Rechtsprechung).

Die Kommission fordert die estnischen Behörden auf, dafür zu sorgen, dass die unterschiedlichen Methoden zur Berechnung der Kraftfahrzeugbesteuerung zu einer gleichen Besteuerung von aus anderen Mitgliedstaaten eingeführten und bereits auf dem estnischen Markt befindlichen Fahrzeugen, die ähnlich sind, führen.

Die Kommission fordert die estnischen Behörden auf, eine Ausnahme auf der Grundlage von Artikel 5 der Richtlinie 83/182/EWG ⁽²⁾ auch auf die Kraftfahrzeugsteuer anzuwenden.

Die Kommission bittet die estnischen Behörden, die vorstehenden Bemerkungen zu berücksichtigen.

Die Kommission weist ferner darauf hin, dass der endgültige Wortlaut bei seiner Annahme gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2015/1535 der Kommission mitgeteilt werden muss.



Für die Kommission

Kerstin JORNA

²) Richtlinie 83/182/EWG des Rates vom 28. März 1983 über Steuerbefreiungen innerhalb der Gemeinschaft bei vorübergehender Einfuhr bestimmter Verkehrsmittel (ABl. L 105 vom 23.4.1983, S. 59 bis 63).

Generaldirektorin

Generaldirektion Binnenmarkt,
Industrie, Unternehmertum und
KMU